Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

270 (17.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 270 — Donnerstag den 17. November 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler hat seine Staatsbesuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abgesagt wegen der ungeklärten politischen Lage.

*

Die Absage des Kanzlers ergab sich zweifellos aus den am Mittwoch geführten Parteiführerbesprechungen mit dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, wie aus der Kampfansage der Sozialdemokraten. Die Verhandlungen über die „nationale Konzentration" gelten als gescheitert.

*

Der Reichskanzler wird dem Reichspräsidenten Bericht erstatten, worauf Hindenburg die weitere Entscheidung trifft: Rücktritt des Kanzlers, Beauftragung einer anderen Persönlichkeit oder neue Parlamentskrise?

*

Im Aeltestenrat des bayerischen Landtages wurde der Konflikt zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei wegen der Ausschließung von 41 Nationalsozialisten beigelegt.

*

In der heutigen Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz wird der englische Außenminister Sir John Simon seine angekündigte große Rede über die Abrüstungspolitik halten.

*

Bei der Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes von Ulster bei Belfast (Irland) durch den Prinzen von Wales ist es zu größeren Zwischenfällen nicht gekommen.

*

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös berichtete im auswärtigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses über seine Romreise.

Gerhart Hauptmann-Feiern

Berlin, 16. Nov. Reichs- und Staatsregierung feierten den 70. Geburtstag Gerhart Hauptmanns durch eine Festvorstellung seines Dramas „Gabriel Schillings Flucht" in dem bis auf den letzten Platz besetzten Staatlichen Schauspielhaus. Nur selten hat das Schauspielhaus eine solche Fülle von prominenten Besuchern, eine so große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gesehen, wie an diesem Abend. Im Teezimmer überbrachte Reichsminister Dr. Bracht dem Jubilar die Preußische Goldene Staatsmedaille. Dr. Bracht sprach dabei: Die Feier ihres 70. Geburtstages fällt in eine Zeit eigenartiger politischer Konstellationen. Es konnte die Frage auftauchen, wer am ehesten berufen sei den Staat zu repräsentieren. Der Beschluß, den die preußische Staatsregierung gefaßt hat, ist identisch mit der Entschließung, die die kommissarische Regierung schon vor längerer Zeit getroffen hat. Er ist eine Bestätigung unseres Wunsches, Ihnen zu Ihrem Ehrentage zu zeigen, daß der Staat sich dessen bewußt ist, was er seinem großen Bürger an Dank schuldet. Dr. Bracht teilte mit, daß die preußische Staatsregierung den Grundstock zu einer Stiftung gelegt hat, aus deren Erträgnissen jährlich ein oder einige deutsche Schriftsteller, insbesondere der jüngeren Generation, ein Stipendium erhalten sollen, das sie auf ein Jahr des Kampfes ihrer wirtschaftlichen Existenz enthebt. Diese Stiftung soll den Namen „Gerhart Hauptmann-Stiftung" tragen. Die begonnene Sammlung hat in wenigen Tagen schon solche Erfolge erzielt, daß die Stiftung bereits über ein Kapital von annähernd 50 000 RM. verfügt.

Gerhart Hauptmann antwortete mit tiefempfundenen Worten des Dankes und fügte hinzu: Ich fühle mich in diesem Augenblick weit von aller Politik und ich möchte gerne einstimmen in den Wunsch nach einer Ruhepause in dem leider unumgänglichen politischen Kampfleben. Möge das große versöhnliche Prinzip immer mehr an Macht gewinnen und jene Einigkeit und innere Ruhe fördern, die wir alle so heiß ersehnen!

Weitere Ergebnisse der preuß. Kirchenwahlen

Berlin, 16. Nov. Zu den Wahlen in der evangelischen Kirche werden neue Ergebnisse bekanntgegeben: Aus **Pommern** liegen die Ergebnisse aus 32 Orten vor. Eine Mehrheit im Gemeindekirchenrat haben die Deutschen Christen nur in fünf Gemeinden erlangt. In Stralsund hat die Kirchliche Liste 69, die Liste der Deutschen Christen 27, in Kolberg die Kirchlich-Unpolitische Liste 95, die Liste der Deutschen Christen 33 und in Greifswald die Liste des Gemeindekirchenrates 85 und die Liste der Deutschen Christen 41 Sitze erhalten.

In **Magdeburg** hat die Liste für Kirchliche Arbeit 446, die Liste der Deutschen Christen 306 Sitze bekommen.

In **Bochum** erhielten die Ueberparteilichen Listen 47, die Deutschen Christen 13 Sitze.

In **Bielefeld** hat die Ueberparteiliche Liste 118, die Liste der Deutschen Christen 45, die Liste der Religiösen Sozialisten 7 Sitze erzielt.

In **Hamm** hat die Ueberparteiliche Liste 22, die Liste der Deutschen Christen 30 und die Arbeiterliste 5 Sitze bekommen. Aus **Recklinghausen** werden für die Kirchlichen Listen 41, für die Deutschen Christen 5 und für die Religiösen Sozialisten 2 Sitze gemeldet.

Der Reichskanzler kommt nicht

Berlin, 16. Nov. Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der heutigen Parteiführerbesprechungen es für richtig hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten.

*

Die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern

Berlin, 16. Nov. Die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern haben am Mittwoch mittag begonnen. Zunächst wurden die Vertreter des Zentrums, Prälat Kaas und Abgeordneter Joos, empfangen. Sie übergaben dem Reichskanzler eine schriftliche Aufzeichnung über den Standpunkt, den das Zentrum zur gegenwärtigen innerpolitischen Lage einnimmt. Nachmittags wurde zunächst der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, empfangen und im Anschluß daran der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Schäffer. Weitere Besprechungen mit Parteiführern fanden nicht statt, da ja die Sozialdemokraten abgesagt haben. Es herrscht immer noch Unklarheit, ob die Besprechung mit Adolf Hitler zustande kommt. Adolf Hitler ist zu einer Besprechung eingeladen worden, hat sich aber vorläufig darauf beschränkt, die Einladung zu bestätigen und um eine Bedenkzeit von 24 Stunden zu ersuchen. Seine Antwort wird also erst für Donnerstag erwartet. Die für Donnerstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts wird vormittags stattfinden. Im übrigen bleibt es dabei, daß der **Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten erst am Montag erfolgt,** so daß die Entscheidungen nicht vor nächster Woche zu erwarten sind.

*

Nach Absage der Kanzler-Reise

Die Konsequenz der Bußtagsbesprechungen mit den Parteiführern — Die weitere Entwicklung

Berlin, 16. Nov. Die Absage der südwestdeutschen Reise des Reichskanzlers hat in politischen Kreisen natürlich erhebliche Ueberraschung ausgelöst. Sie lag aber wohl vorvornherein nicht außerhalb aller Möglichkeiten.

Die direkte Veranlassung ist in dem Ausgang der Besprechungen zu sehen, die der Kanzler mit den Parteiführern am Mittwoch gehabt hat. Sie haben sich so abgespielt, daß gegen Mittag zunächst die Zentrumsführer Kaas und Joos in der Reichskanzlei erschienen und im Laufe des Nachmittags dann Abg. Dingeldey für die Deutsche Volkspartei und Dr. Schäffer für die Bayerische Volkspartei. Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden von den Beteiligten vertraulich behandelt. Was aber die große Linie der Unterhaltungen anlangt, so hat Dingeldey dem Kanzler seine Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt. Das gleiche gilt für die Stellungnahme der Zentrumsvertreter. Der Unterschied liegt aber darin, daß Prälat Kaas hinzugefügt hat, **unter der jetzigen politischen Staatsführung müsse der Versuch der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben, und daraus ergäben sich nach Ansicht des Zentrums von selbst naheliegende Konsequenzen. Diese Erklärung ist natürlich mit einer Absage gleichzusetzen,** und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnung sein, die die Zentrumsführer dem Kanzler übergeben haben. (Dieses Schriftstück wird übrigens nicht veröffentlicht werden.) Es ist anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schäffers für die Bayerische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht sehr wesentlich unterschieden.

Das Schwergewicht der heutigen Besprechungen liegt aber vielleicht noch stärker in dem, **was der Kanzler allen Parteiführern gesagt hat;** er hat mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstrichen, daß **nichts an der Personenfrage scheitern dürfte,** wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werden solle. Aeußerlich geht nun die Entwicklung so weiter, daß das Kabinett sich am Donnerstag vormittag mit der Lage befaßt. Am Donnerstag wird auch **die Antwort der Nationalsozialisten** erwartet. Dann wird der Kanzler entweder noch **am Donnerstag, möglicherweise aber auch erst am Freitag, dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Stellungnahme des Kabinetts Bericht erstatten.** Es ist zweifellos, daß der Kanzler auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen wird, was er heute den Parteiführern gesagt hat.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Reichspräsident dann auf Grund der Sondierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie anstelle der „jetzigen politischen Staatsführung" vorzuschlagen haben.

Die **Empfänge beim Reichspräsidenten** dürften Ende dieser oder Anfang nächster Woche stattfinden. Die Besprechungen vom Mittwoch haben die Entwicklung also weiter vorwärts getrieben — **die Entscheidung haben sie noch nicht gebracht.** Sie liegt vielmehr in dem nächsten Stadium der Entwicklung, nämlich in den Empfängen beim Reichspräsidenten. Damit bleibt trotz der Absage der Kanzlerreise die Darstellung richtig, daß die Klärung nicht vor der nächsten Woche zu erwarten ist. **Die Entscheidung wird auf den Antworten basieren, die die Parteiführer dem Reichspräsidenten geben werden.** In welcher Richtung diese Entscheidung geben wird, läßt sich noch nicht mit absoluter Sicherheit übersehen. **Nach Auffassung politischer Kreise sind die Aussichten dafür äußerst gering, daß die Parteien einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weisen vermögen.**

*

Die Entscheidung beim Reichspräsidenten.

T.U. **Berlin,** 16. Nov. In Berliner politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß das Reichskabinett in seiner Sitzung am Donnerstag vormittag lediglich beschließen wird, dem Reichspräsidenten die Entscheidung über die nach Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern entstandene Lage zu überlassen. Der Reichspräsident wird dann voraussichtlich seinerseits mit den Parteiführern in Verbindung treten. Erst nach den Empfängen der Parteiführer dürfte dann der Reichspräsident seine endgültige Entscheidung fällen. Es bleiben jedoch die Beschlüsse abzuwarten, die das Reichskabinett in seiner Sitzung am Donnerstag faßt.

*

Heute Antwort der N.S.D.A.P.

T.U. **Berlin,** 17. Nov. Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, wird eine Antwort der Parteileitung der N.S.D.A.P. auf die Einladung des Reichskanzlers heute (Donnerstag) vormittag schriftlich oder mündlich in der Reichskanzlei übergeben werden. Man rechne mit einer ablehnenden Antwort und mit dem Hinweis der Leitung der N.S.D.A.P. auf die Notwendigkeit einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten.

*

Vermutungen über die weitere Entwicklung.

T.U. **Berlin,** 17. Nov. Wie die „Voss. Zeitg." erfährt, wird der Kanzler heute nachmittag um 5 Uhr vom Reichspräsidenten zur Berichterstattung empfangen. Die entscheidende Kabinettssitzung wird um 11 Uhr beginnen. Nach den bisherigen Dispositionen werde der Reichspräsident die Führer der für eine Mehrheitsbildung in Betracht kommenden Parteien am Freitag, spätestens am Samstag, empfangen. Die „Voss. Zeitg." will außerdem erfahren haben, daß die nationalsozialistischen Führer unter Leitung Adolf Hitlers heute in Berlin tagen. Das Blatt hält es durchaus für möglich, daß ein Präsidialkabinett unter anderer Führung und in teilweise veränderter Zusammensetzung zustande kommt, das sich über die Grundzüge der inneren und äußeren Politik mit den großen Parteien verständigt. — Nach dem „Lokalanzeiger" wird der Kanzler dem Kabinett vorschlagen, daß entsprechend seiner schon mehrfach abgegebenen Erklärung die Bildung einer nationalen Konzentration, zu der der Reichspräsident den Auftrag gegeben hat, an keiner Personenfrage irgendwie scheitern dürfe und daß deshalb eine unbedingt ehrliche Chance für die nationale Konzentration auch ohne Rücksicht auf irgendein Mitglied des jetzigen Kabinetts gegeben werden müsse. Daß das Reichskabinett die Auffassung des Kanzlers hegen werde, halte man allgemein für sicher.

*

Kabinettssitzung und Kanzlerempfang beim Reichspräsidenten.

T.U. **Berlin,** 17. Nov. Das Kabinett tritt am heutigen Donnerstag um 11 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht des Reichskanzlers über seine Besprechungen mit den Parteiführern entgegen zu nehmen und über sein eigenes weiteres Verhalten schlüssig zu werden. Nachmittags um 17 Uhr wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten ebenfalls über seine Verhandlungen mit den Parteiführern Vortrag halten und ihn über den Beschluß des Kabinetts unterrichten.

Zentrum und Verfassungsreform

Berlin, 16. Nov. Die Stellung der Zentrumspartei zu dem Verfassungs- und Wahlreformplänen kommt in einem Artikel des Mitteilungsblattes der Zentrumspartei zum Ausdruck, in dem es u. a. heißt: Die Reformen, die zur Behebung der Mißstände erforderlich sind, können ohne Beeinträchtigung der demokratischen Grundlage unserer Verfassung durchgeführt werden. Echte Autorität ist in ihrer konkreten Form keineswegs an die verschleiert diktatorischen Methoden einer sogenannten autoritären Regierung gebunden. Aus dieser Grundhaltung heraus lehnen wir alle Pläne der Regierung ab, die auf eine Ausschaltung oder Entrechtung der gewählten Volksvertretung hinauslaufen. Wir können **nicht der Einrichtung eines Oberhauses zustimmen,** das sich überwiegend aus nicht gewählten, sondern berufenen Mitgliedern zusammensetzt und vermöge seiner Rechte den Reichstag praktisch ausschalten oder lahmlegen kann. Aus gleichen Gründen wehren wir uns auch **gegen die Bildung eines Präsidialrates.** Dagegen fordern wir eine **genaue Festlegung der Rechte des Reichspräsidenten,** insbesondere seiner Befugnisse aus Artikel 48, die zugleich auf festbestimmte konkrete Anwendungsfälle festgelegt werden müssen. Wir lehnen jeden Versuch ab, das allgemeine geheime und indirekte Wahlrecht zugunsten irgendwelcher Bevorzugungen einzelner Kreise z. B. durch ein Pluralwahlrecht abzulösen. Die Mängel des bestehenden Wahlrechts werden auch von uns gesehen, doch machen sie keine so umstürzenden Reformen notwendig, wie die Regierung sie zu beabsichtigen scheint. Eine Verkleinerung der Wahlkreise und eine Beschränkung des Listenprinzips würde den gewünschten Erfolg herbeiführen.

Mehr als ein Versuch

Ein deutsch-französisch-englisches Milliarden-Projekt

Während die politischen Konflikte in Deutschland und Frankreich noch immer fortbestehen, haben erneut aufgenommene Versuche, zu einer wirtschaftlichen Verständigung und Arbeitsgemeinschaft zu kommen, zu einem überraschenden Erfolg geführt. Schon seit langem tagt eine deutsch-französische Wirtschaftskommission, die jetzt zur Lösung konkreter Aufgaben übergegangen ist. Dabei wurden Vereinbarungen getroffen, die, wenn es gelingt, die jetzt in Angriff genommenen Pläne zu finanzieren, von allergrößter Tragweite für die gesamte deutsche Wirtschaft sind. Es handelt sich um Projekte, die im Laufe von einigen Jahren einen Finanzierungsbedarf von fünfzehn Milliarden Francs erfordern.

In gemeinschaftlicher Arbeit, an der sich die englische und die französische Industrie beteiligen, sollen in den Ländern des Balkans und in Vorderasien bedeutende technische Werke durchgeführt werden, und zwar denkt man an den Bau einer 7000 Kilometer langen Eisenbahnstrecke in Vorderasien, ferner an umfangreiche Elektrifizierungsarbeiten, an Brückenbauten, Talsperren und Ausbau von Häfen. Die Großindustrie der drei genannten Länder knüpfen damit an eine Wirtschaftspolitik an, die mit ähnlichen Zielen bereits vor dem Krieg geführt wurde und die darauf ausgeht, eine große Zahl von Ländern zu erschließen und damit eine natürliche Markterweiterung durchzuführen.

Bis auf weiteres ist der Verteilungsschlüssel für die beteiligten Industrien der drei Länder im Verhältnis von 40:40:20 für Deutschland, England und Frankreich festgesetzt worden. Ob man allerdings bei diesem System, bei dem England und Deutschland je zwei Fünftel der ausgeführten Arbeiten übernehmen, Frankreich dagegen nur ein Fünftel bleiben wird, ist noch fraglich. Da die Verträge keine Staatsverträge sind, sondern von Privatfirmen abgeschlossen wurden, ergibt sich daraus, daß alle Beteiligten auch kapitalmäßige Einlagen machen müssen. Am leistungsfähigsten hierzu sind zweifellos die Franzosen. Auf ihrer Seite liegt auch eine Geneigtheit vor, den wirtschaftlichen Plänen einen genügenden finanziellen Unterbau zu geben, aber es muß noch dahingestellt bleiben, ob sie sich bei dem Ueberwiegen des französischen Kapitals mit der kleinsten Quote industrieller Arbeiten begnügen.

Daß es sich bei den Plänen nicht nur um Phantasiegebilde handelt, sondern daß man bestrebt ist, sie auch wirklich zu realisieren, geht aus der Gründung einer Gesellschaft hervor, die den Namen: „Syndicat europeen des entreprises" trägt, und der u. a. die beiden deutschen Baufirmen Julius Berger und Philipp Holzmann angehören. Bedeutende französische Unternehmen beteiligen sich ebenfalls an diesem Syndikat.

Um sich eine Vorstellung davon zu machen, wie wichtig eine solche auf international-europäischer Basis beruhende Gemeinschaftsarbeit wäre, sei darauf verwiesen, daß auf Deutschland Aufträge etwa in Höhe von einer Milliarde Mark entfallen würden, falls der bis jetzt vereinbarte Verteilungsschlüssel beibehalten wird. Die Schwierigkeiten liegen ausschließlich bei der Finanzierung, da Kapitalien auf sehr lange Zeit festgelegt werden müssen.

Tatsache ist, daß mit dem verschärften Druck der Wirtschaftskrise und unter dem empfindlichen Druck der Arbeitslosigkeit die Großindustrie aller Länder nach neuen Betätigungsgebieten sucht, um Ersatz für die verlorenen zu finden, bzw. die starken Einschränkungen, die nötig waren, wieder auszugleichen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß erst vor kurzem bekannt wurde, daß deutsche Interessen sich jetzt nach dem Irak richten, um hier Erdölquellen zu erwerben. An diesem Unternehmen beteiligt sich sogar das Reich.

Wesentlicher als dieser Einzelfall sind jedoch noch die Bestrebungen, die auf eine europäische Wirtschaftsverständigung zwischen den drei großen Industrieländern Deutschland, England und Frankreich hinauslaufen. Vielleicht gelingt es der Privatwirtschaft, auf diese Weise Breschen in die hohe Mauer zu schlagen, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch fast alle Staaten Europas voneinander trennt.

Reichsbaudarlehen für Eigenheime

Berlin, 16. Nov. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist auch die Förderung des Eigenheimbaues vorgesehen. Die Reichsregierung will mit dieser Aktion den gesunden Zug zum Eigenheim vorwärts treiben. Durch die Bereitstellung von Reichsbaudarlehen soll den Bauwilligen der Spitzenbetrag zugeführt werden, der ihnen für die Inangriffnahme ihres Hauses vielfach fehlt; damit wird die Bauwirtschaft belebt und zugleich den im Sparstrumpf steckenden Kapitalien eine sichere Anlagemöglichkeit geschaffen. Die näheren Bestimmungen über die Förderung des Eigenheimbaues sind nunmehr ergangen und im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht worden. Darnach wird die Reichsregierung in den Haushalt der Rechnungsjahre 1933 und 1934 20 Millionen RM. einsetzen, aus denen kleine Hypotheken für Eigenheime gegeben werden sollen. Da die Zwischenfinanzierung keinen besonderen Schwierigkeiten begegnet, können die Hypotheken alsbald verbindlich zugesagt werden. Berücksichtigt werden nur Bewerber, die Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 v. H. des Bau- und Bodenwertes nachweisen können. Für die Förderung kommen bescheidene Eigenheime in Betracht, die auch eine zweite Wohnung enthalten dürfen. Die Baukosten der Häuser ohne Wert des Grundstücks sollen in der Regel zwischen 4000 und 6000 RM. liegen. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung ist aber auch die Berücksichtigung von Häusern im Bauwert bis zu höchstens 10 000 RM. und, falls eine zweite Wohnung eingebaut wird, bis zu 12 000 RM. nicht ausgeschlossen. Die Reichsbaudarlehen dürfen im allgemeinen 1500 RM. nicht übersteigen; in besonderen Fällen können sie bis zu 2000 RM. betragen; wenn eine zweite Wohnung eingebaut ist, können sie bis zu 3000 RM. erhöht werden. In keinem Falle jedoch darf das Reichsbaudarlehen 25 v. H. des Bau- und Bodenwertes überschreiten. Nur Kinderreiche genießen eine besondere Vergünstigung, indem ihnen ein Zusatzdarlehen bis zum Betrage von 500 RM außerhalb dieser Grenze gewährt werden darf. Die Bedingungen, zu denen die Reichsbaudarlehen gegeben werden, konnten im Hinblick auf die stark gesunkenen Baukosten den vor dem Kriege auf dem Kapitalmarkt üblichen Sätzen angepaßt werden. Wird das Reichsbaudarlehen innerhalb der Rangstelle eingetragen, in der im allgemeinen die ersten Hypotheken stehen, so sind 4 v. H. Zinsen zu zahlen. Steht das Darlehen ganz oder teilweise außerhalb dieser Rangstelle, so beläuft sich der Zinssatz auf 5 v. H. Daneben ist in beiden Fällen eine Tilgung von 1 v. H. und eine laufende Verwaltungsgebühr von 0,5 v. H. jährlich zu entrichten. Im übrigen werden nur solche Bedingungen gefordert, wie sie jeder solide Geldgeber zur Sicherung seines Kapitals stellen muß. Die Durchführung der ganzen Aktion ist den Ländern übertragen. Anträge der Bauwilligen sind also an die obersten Landesbehörden oder die von diesen bestimmten Stellen, nicht dagegen an die Reichsregierung zu richten. Bei der zu erwartenden Nachfrage nach den Reichsbaudarlehen empfiehlt es sich, die Gesuche bald einzureichen. Bauvorhaben, die erst nach dem 1. April 1933 in Angriff genommen werden sollen, können einstweilen nicht berücksichtigt werden.

Frankreichs Rüstung und seine Abrüstungsvorschläge

Zur Beurteilung des französischen Abrüstungsplanes liefert eine Sondernummer der „Kölnischen Illustrierten Zeitung" unter dem Titel „Frankreich in Waffen" einen sehr instruktiven Beitrag. Aus den bildlichen Darstellungen und knappen Aufsätzen der bekanntesten Fachleute ergibt sich folgendes:

„Das abgerüstete Friedensheer Frankreichs sieht so aus: 21 weiße Infanteriedivisionen (davon eine weiße Kolonialdivision), 5 farbige Infanteriedivisionen, 5 weiße Kavalleriedivisionen, 4 weiße Luftdivisionen, die „reserve generale" der Korps-, Armee- und Heerestruppen, hauptsächlich schwere und schwerste Artillerie, Kampfwagen, technischen Truppen. In Summa: 26 Infanterie-, 5 Kavallerie- und 4 Luftdivisionen plus „reserve generale". Deutschland verfügt über 7 Infanteriedivisionen und 3 Kavalleriedivisionen ohne moderne Waffen. An den Grenzen gegen Deutschland und Italien steht die halbe französische Friedensarmee. Diese Grenzdivisionen haben erhöhten Etat und sind innerhalb weniger Stunden aufgefüllt und marschbereit. Bereits ihre Zahl übersteigt die Zahl der deutschen Divisionen ganz beträchtlich. Ihre Ausbildung ist schon im Frieden auf ihrer Verwendungszweck: schlagartigen Einsatz unmittelbar nach der Kriegserklärung, zugeschnitten. Vier Millionen Weiße und eine Million Farbige stehen für die gesamte Wehrmacht — und zwar ausgebildet — zur Verfügung. Die „Nation armee" nach Paul Boncours Gesetz tritt nach knapp drei bis vier Wochen mit mindestens 20 weiteren Reservedivisionen auf. Dazu kommen 6 bis 7 nordafrikanische Divisionen und 1 bis 2 weitere Kavalleriedivisionen: 70 Infanteriedivisionen und 6 Kavalleriedivisionen, dazu Korps- und Armeetruppen, sind am Beginn der vierten Mobilmachungswoche zuverlässig verfügbar. 25 000 leichte Maschinengewehre, 18 000 schwere, 1500 Minenwerfer und Infanteriegeschütze, 320 leichte und 2200 schwere Geschütze, 4000 Kampfwagen und 5000 Flugzeuge — das ist die Ausrüstung dieser drei ersten Wellen. 32 000 aktive, 110 000 Reserveoffiziere werden sie führen; 250 000 Kapitulanten und 500 000 frühere Kapitulanten der jüngsten Reservejahrgänge werden ihr Gerippe bilden. Die Organisation dieses Heeres ist auf den sofortigen und weitreichenden Angriff zugeschnitten. Die stärkste Luftflotte Europas liegt in den festungsgeschützten Räumen der Grenzgebiete, bereit, den ersten Schlag, weit voraus den marschierenden Heereskolonnen, zu führen; zahlreiche neue Bahnen und Straßen dienen, weit über den wirtschaftlichen Bedarf hinaus, dem schnellen Aufmarsch."

Das Bild eines Heeres, wie es die Welt noch nie gesehen. Schamrot müßte Herriot werden, wenn er seine Reden über das friedliche und abrüstungswillige Frankreich so illustriert sieht; wenn ihm, der es wagt, die Sportausbildung deutscher Jugend „Kunst des Tötens lehren" zu nennen, vorgehalten wird, wie Frankreichs Jugend vom sechzehnten Lebensjahr an in drei Stufen eine vollständige militärische Ausbildung (Einzelausbildung, Vorbereitung zum Gruppenführer, Vorbereitung zum Reserveoffizier) durchmacht, ehe sie ins Heer eintritt. Das Heft wirkt wie ein Warnungszeichen!

*

Um die Urheberschaft des Abrüstungsplanes

Paris, 16. Nov. Ueber die Frage, ob die Militärs Abänderungen an dem ursprünglichen Entwurf des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes durchgesetzt hätten, was „Echo de Paris" steif und fest behauptet, ist jetzt im ganzen Blätterwald von Paris ein erbitterter Streit entstanden.

Der offiziöse „Petit Parisien" versucht die Behauptung zu dementieren, was allerdings in nicht sehr überzeugender Form geschieht. Viel wichtiger jedoch ist eine Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Tardieu, die sich gegen die Behauptung des „Echo de Paris" wendet, daß der Entwurf Geist von seinem Geist sei und nichts anderes als ein Produkt seines Vorschlages vom 5. Februar. **Tardieu greift dabei auch die Autoren des Planes, Herriot und Paul Boncour, an.** Er stellt nämlich fest: 1. habe sein Plan vom 5. Februar zwischen Deutschland und Frankreich die rechtliche, wie die tatsächliche militärische Ungleichheit bestehen lassen, 2. habe er den allgemeinen Grundsätzen der französischen Militärorganisation keinen Abbruch getan und 3. habe sein Plan keinen Vorschlag zur Revision der Verträge enthalten. Einen solchen Vorschlag nennt Tardieu beispiellos in der französischen Politik; er sagt, die Umwandlung der Reparationen, in die Frankreich eingewilligt habe, hätten sich doch nur auf Zahlen bezogen, die in den Verträgen selbst nicht aufgeführt waren.

Mussolini über die Bedeutung des Faschismus für die Welt

T.U. **Rom**, 16. Nov. Am Mittwoch nachmittag wurde der Wintertagungsabschnitt der italienischen Abgeordnetenkammer mit einem kurzen Festakt anläßlich der faschistischen Zehnjahresfeier eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Kammerpräsidenten Giuriati ergriff Mussolini, dem bei seinem Erscheinen begeisterte Kundgebungen dargebracht worden waren, das Wort zu einer kurzen Rede. Die Bedeutung der Zehnjahresfeier, so sagte er, sei eine doppelte: Einerseits habe das italienische Volk in seiner geschlossenen ungeheuren Masse einen entschiedenen Sprung nach vorwärtsgetan und er selbst, Mussolini, fühle, daß er den Sinnen dieses Volkes Ausdruck gegeben habe, wie das bisher nie geschehen sei. Auf der anderen Seite stünden die Lehren, die Einrichtungen und die Werke der faschistischen Revolution bei allen Ländern auf der Tagesordnung; denn in dieser dunklen, gequälten und wankenden Welt könne die Rettung nur von der Wahrheit Roms kommen und von Rom aus werde sie auch kommen.

Auf Einladung der faschistischen Partei wohnten dem Festakt auch der erste Bundesführer des Stahlhelm, Seldte, ferner der frühere Reichstagspräsident Göring und Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht bei.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[18

Wie tief und verborgen saß der kindliche Jammer, die Sehnsucht nach Liebe, die Sehnsucht nach der verstorbenen Mutter in diesem Kindergemüt fest. Wie hatte Ralph gesagt? Er wäre nur unartig, weil keiner ihn lieb hatte? Was für eine Vorstellung hatte sich in diesem Kindskopf festgesetzt! Man mußte gleich morgen mit Ina sprechen, daß man den kleinen Kerl behutsamer und zarter anfassen müßte. Dann würde sich auch seine Ungebärdigkeit legen.

Ja, wäre Ina eine Frau gewesen wie Maria, dies Kindergemüt wäre nicht in diese Not und Verirrung gestürzt worden. Wenn eine Mutter fortging — wie sollte diese Lücke sich für ein Kind schließen? Schloß sie sich doch nicht einmal für einen Mann.

Zwölftes Kapitel.

Vor dem Stenogrammheft saß Edith Bernheim Rechtsanwalt Weltner gegenüber. Eilig glitt ihr Bleistift über das Papier und schrieb die Worte nach, die Weltner ihr diktierte.

„Ich halte es daher durchaus für notwendig, daß der Gegner über unsere nächsten Schritte nicht orientiert wird", klang Weltners sonore Stimme, „damit er nicht imstande ist, die Zeugen, die wir für den großangelegten Betrug beibringen können, irgendwie aufzuspüren und vielleicht zu beeinflussen. Der günstige Ausgang des Patentstreites wird davon abhängen, daß die Gegenpartei nicht ahnt, welches Ergebnis unsere Nachforschungen bisher schon gehabt haben und nach welcher Richtung sich unsere weiteren Schritte bewegen werden."

So, bitte", sagte er, „schreiben Sie das heute nachmittag noch ab und bringen Sie mir die Handakten mit, wenn Sie heute abend zum Diktat kommen. Ich danke."

Edith Bernheim erhob sich leise und glitt unhörbar hinaus.

Mit einem warmen Blick sah der junge Anwalt ihr nach. Das war wirklich eine Freude, mit einem Menschen wie ihr zu arbeiten. Nicht nur, daß sie es in Schreibmaschine und Stenographie mit den perfektesten Arbeitskräften aufnehmen konnte, nein, sie hatte auch eine angeborene schnelle Auffassungsgabe für das Wesentliche, so daß Mißverständnisse bei der Diktataufnahme nicht vorkamen.

Auf eine Frage hin hatte sie ihm geantwortet, daß sie in der letzten Zeit drüben, als ihr Mann arbeitsunfähig geworden, die Leitung der umfangreichen Geschäfte selbst übernommen hätte, bis durch den Tod des Mannes und das Eingreifen seiner sogenannten Freunde ihr alles aus den Händen gewunden worden war. Aber sie hatte doch einen so tiefen Einblick in geschäftliche Dinge gewonnen, daß es ihr nun sehr zustatten kam.

Das Wichtigste aber war ihr großer Arbeitseifer. Sie hatte nicht tausenderlei Dinge im Kopfe wie die anderen jungen Mädels. Sie schien nur für die Arbeit zu leben.

Und bald war es Weltner so, als hätte immer dieser blonde, zarte Kopf sich über das Stenogrammheft neben ihm gebeugt, diese zarte, schmale Gestalt an der Schreibmaschine ihm gegenüber auf das Diktat gewartet, an Stelle des gewiß sehr tüchtigen, aber mürrischen und schwierigen Lange. —

Seit Edith Bernheim in seinem Büro angestellt war, war sie von einer noch größeren Zurückhaltung als sonst, als wollte sie auf keinen Fall die Grenze überschreiten, die zwischen Chef und Untergebenen gezogen war, und als wollte sie auf keinen Fall eine Sonderstellung einnehmen.

Er empfand, was sie dazu führte, und respektierte es, obwohl er ganz gern nach der Arbeit einmal einen Augenblick Persönliches mit ihr besprochen hätte. Doch vermied sie jede Möglichkeit dazu. Mit dem letzten Wort, das er ihr diktierte, stand sie schon auf und verschwand.

Da ihre eigene geschäftliche Angelegenheit im Augenblick keine Rücksprache erforderte — denn der letzte Brief, den sie am Vorabend ihres Eintritts hier unterschrieben, ging ja viele Wochen nach Chile —, fiel jeder Grund fort, anders als streng geschäftlich miteinander zu reden.

Heute zum ersten Male sollte Edith nach Geschäftsschluß zur Arbeit in sein Haus kommen.

Einen Augenblick hatte Weltner daran gedacht, sie im Wagen mit hinauszunehmen. Aber er hatte diesen Gedanken sogleich verworfen. Er wollte Edith und sich nicht der Peinlichkeit einer Absage aussetzen, denn sicherlich hätte sie in ihrer Bescheidenheit abgelehnt. Ueberdies klangen ihm noch im Ohre die hochmütigen Worte, die seine Kusine Ina über die Schranke gegenüber seiner Sekretärin gesprochen.

Es war vielleicht besser, wenn er zunächst wirklich diese Schranke aufrechterhielt, bis sich Ina davon überzeugt hatte, daß Edith Bernheim eine wirkliche Dame war, der man auch als Dame begegnen konnte.

Da es Edith besser ging und sie durch die Stellung im Büro eine, wenn auch bescheidene, Existenz hatte, nun die größten Sorgen von ihr genommen waren, blühte sie auch auf. Ihre traurigen Augen bekamen Glanz und Feuer, die leidvollen Schatten verblaßten — und ein leiser Hauch von Rot zog sich über die kindlich weiche, reine Haut des Gesichts.

Wäre nicht immer das trübselige Schwarz der Trauerkleidung, die sie trug, gewesen, sie hätte ausgesehen wie ein ganz junges Mädchen.

Ob sie noch immer so an dem Manne hing, der sie unglücklich gemacht? Zwei Jahre waren es ja schon her, daß Bernheim tot war, und noch immer trug Edith das Schwarz der Trauer.

Weltner ertappte sich plötzlich bei dem Wunsche, Edith einmal in lichten, heiteren Farben zu sehen, die ihrer Jugend gemäß waren. Da schüttelte er unwillig den Kopf. Was waren das für Gedanken, die ihm hier, mitten in die Arbeit hinein, kamen?

Es war doch wirklich das beste, sich Edith Bernheim gegenüber durchaus sachlich zu stellen.

(Fortsetzung folgt.)